

Olaf Winkel

Kommunikation, neue Medien und Globalisierung

In: Robert, Rüdiger (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland – Politisches System und Globalisierung. Münster 2007. S. 235-253.

1. Einführung

Wie sind Kommunikation, neue Medien und Globalisierung miteinander verbunden? Welchen Einfluss haben sie auf die Entwicklung der modernen Demokratie? Um diese Fragen beantworten zu können, gliedern wir unseren Beitrag in vier Teile, die weitgehend aufeinander aufbauen: Die ersten drei Teile dienen der Aufarbeitung und wechselseitigen Kontextualisierung zentraler Begriffe und Sachverhalte, im vierten Teil werden vor dem Hintergrund der bis dahin gewonnenen Erkenntnisse einige grundlegende Überlegungen darüber angestellt, ob sich mit den informationstechnischen Innovationen des ausgehenden 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts die Herausbildung einer neuen Qualität von Weltöffentlichkeit und Weltpolitik abzeichnet.

2. Kommunikation

Der Begriff der Kommunikation ist vom lateinischen „Communis“ abgeleitet. Das unterstreicht den Umstand, dass Kommunikation Gemeinsamkeiten zwischen den Beteiligten voraussetzt. Man kann den Kommunikationsbegriff auf den Informationsbegriff zurückführen, denn Kommunikation steht in einer weitgehend akzeptierten Minimaldefinition für den Austausch von Informationen. Was wiederum den Begriff der Information betrifft, sind eine inhaltszentrierte und eine formzentrierte Kennzeichnungsvariante zu unterscheiden, die einerseits miteinander konkurrieren, sich andererseits aber auch wechselseitig ergänzen (Kleinsteuber 1997: 46 f).

- In der einen Variante, in der sich die überkommene Bedeutung des lateinischen Ursprungswortes „Informatio“ widerspiegelt, steht Information für eine Auskunft oder Belehrung. Aus diesem Blickwinkel gehört es zum Wesen einer Information, dass sie in einem spezifischen sozialen Kontext einen spezifischen Sinn transportiert, also etwa eine Neuigkeit

liefert, auf einen Unterschied aufmerksam macht oder Unsicherheit reduziert. Die Abgrenzung zum Wissensbegriff ist fließend.

- In der anderen Variante dient der Informationsbegriff dagegen lediglich als quantitativ angelegte Größe zur Erfassung von auf technischem Wege ausgetauschten Signalen, die sich ihrer Umwelt in unterschiedlicher Weise mitteilen können: Gegenüber Maschinen unter anderem als Bits und Bytes, gegenüber Menschen unter anderem als numerische Daten, Text, Sprache, Graphik und Bewegtbild bzw. als Kombinationen dieser Präsentationsformen.

Für die Bestimmung dessen, was das Wesen von Kommunikation ausmacht, sind beide Dimensionen des Informationsbegriffs gleichermaßen bedeutsam.

Aus der konstruktivistischen Perspektive ist Kommunikation ein Prozess, in dem Gesellschaft im Zusammenwirken der Gesellschaftsmitglieder geschaffen, d.h. konstruiert bzw. rekonstruiert wird (Krippendorff 1986). Hier erscheint Realität als soziales Phänomen, das durch Kommunikation zwischen Menschen entsteht.

Ein anderer Aspekt, auf den es in diesem Zusammenhang ankommt, ist die idealtypische Trennung von Individualkommunikation und Massenkommunikation (Kaase 1991: 366; Tonnemacher 1996: 228 u. 236). Als zentrales Merkmal von Individualkommunikation gilt die soziale, sachliche und zeitliche Reflexivität des Informationsaustausches, die sich darin äußert, dass Informationen zwischen zwei Partnern je nach Bedarf in beiden Richtungen ausgetauscht werden können. Individualkommunikation lässt sich sowohl als persönliche Kommunikation unter Bedingungen räumlicher Nähe als auch technisch vermittelt über räumliche Entfernungen hinweg realisieren. Massenkommunikation, die sich dadurch auszeichnet, dass Informationen von einem Sender einseitig an ein räumlich verteiltes Publikum übertragen werden, ist ohne technische Vermittlung nicht denkbar.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Begriffe der Kommunikation, der Individualkommunikation und der Massenkommunikation folgendermaßen umreißen:

- Als Kommunikation bezeichnet man den Austausch von Informationen, der sowohl eine inhaltliche als auch eine formale Dimension aufweist. Kommunikation stellt eine gesellschaftliche Elementaroperation dar, d.h. sie ist der „Stoff, aus dem Gesellschaften bestehen“ (Schmidt/Zurstiege 2000: 11).

- Individualkommunikation ist regelmäßig Zweiwegkommunikation oder Mehrwegkommunikation. Sie kann sowohl als Face-to-face-Kommunikation unter Bedingungen räumlicher Nähe als auch als Telekommunikation stattfinden.
- Massenkommunikation ist regelmäßig technisch vermittelte Einwegkommunikation, in der die Empfängerseite durch die Senderseite dominiert wird. In derartige Kommunikationsprozesse ist auf der Empfängerseite eine Vielzahl von räumlich voneinander getrennten Personen - also ein disperses Publikum – einbezogen.

3. Neue Medien

Von neuen Medien ist die Rede, wenn es um die Veränderungen im Bereich der Individualkommunikation und der Massenkommunikation geht, die mit den informationstechnischen Neuerungen des ausgehenden 20. und frühen 21. Jahrhunderts in Verbindung stehen. Die Prägekraft und Veränderungsdynamik, die derartige Innovationen für die Gesellschaft mit sich bringen, kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden.

Der Begriff der Informationstechnik findet heute als Synonym für Begriffe wie Telematik, Multimedia oder eben auch neue Medien Verwendung. Bis in die ausgehenden 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde er in einem engeren Sinne gebraucht, indem man ihn mit dem der Computertechnik gleichsetzte. Informationstechnik stand damit für digitaltechnische Systeme, die der Verarbeitung und Speicherung von Informationen, insbesondere von Datenmassen dienten (Reinermann 1986: 10 ff; Wittkämper u.a. 1988: 14 ff). Den Begriff der Telekommunikationstechnik bezog man dagegen auf technische Systeme ohne eigene Verarbeitungskapazitäten, mit deren Hilfe Informationen von einem Ort zu einem anderen übertragen werden können. Dabei stand das Telefonnetz im Vordergrund, das heißt die analoge Sprachübertragung in der Individualkommunikation. Das Zusammenwachsen von Computertechnik und Nachrichtentechnik, das sich in den 1980er Jahren durch neue Entwicklungen in den Bereichen der Halbleitertechnik und der Übertragungstechnik immer mehr beschleunigte und in den 1990er Jahren durch Innovationen in den Bereichen der Mobilfunktechnik

und der Satellitentechnik noch zusätzliche Impulse erhielt, förderte die rasante Verbreitung des Telematikbegriffs (Norá/Minc 1978), der diese technische Synthese durch die Kombination der Begriffe Telekommunikation und Informatik auf sprachlicher Ebene widerspiegelt.

In einer inzwischen weitgehend akzeptierten Definition lassen sich telematische Systeme kennzeichnen als integrierte Anwendungen der digitaltechnikgestützten Individualkommunikation, die dazu dienen, Texte, Daten, Festbilder, Bewegtbilder und Sprache bruchlos zu verarbeiten, zu speichern und zu übertragen.

Damit steht Telematik für eine zweifache Synthese, nämlich nicht nur für das Zusammenwachsen von Informationsverarbeitung und Informationsübertragung, sondern auch für das Zusammenwachsen der ehemals getrennten technischen Handhabung unterschiedlicher Informationsformen.

Anders als der Telematikbegriff hat der Multimediabegriff bis heute keine scharfen Konturen gewonnen (Wersig 2002: 144 f). Ein Minimalkonsens zeigt sich aber darin, dass er gemeinhin auf informationstechnische Anwendungen bezogen wird, die prinzipiell das gesamte Spektrum der Informationsformen umfassen und durch das Zusammenwachsen von Individualkommunikation und Massenkommunikation möglich werden. Eine typische, wenn auch nicht auf breiter Basis akzeptierte Definition von Multimedia lautet folgendermaßen:

Multimedia ist die „zunehmende Integration“ von Entwicklungen der „Medientechnik“ und der „Computertechnik“, die „neben der Daten- und Textverarbeitung auch Daten- und Textkommunikation, den Zugang zu publizistischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Datenbanken, das Abspielen verschiedener optoelektronischer Speichermedien und sogar Fernsehempfang“ ermöglicht (Schulz 1999: 143).

Heute steht das Internet im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, unabhängig davon, ob es um die politischen, ökonomischen, sozialen oder kulturellen Potentiale der neuen Medien geht. Das „Netzwerk der Netzwerke“ ist nicht in der üblichen Weise als ein System konzipiert, das von einem zentralen Rechner aus Informationen verwaltet und diese bei Bedarf den angeschlossenen dezentralen Computern zur Verfügung stellt, sondern als ein System, dessen dezentrale Komponenten eigenständig miteinander kommunizieren und kooperieren. Diese Struktur schützt es gegenüber Kon-

trollen und versetzt es in die Lage, auch dann weiterzuarbeiten, wenn es in Teilen zerstört wird. Die Bereiche des Internet - Elektronische Post, Websites, Informationsdienste, Newsgroups und Chatgroups - stehen für eine breite Palette von Kommunikationsformen und Kommunikationsfiguren: E-Mail wird vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, für die One-to-one-Kommunikation auf Textbasis genutzt, Websites dienen in erster Linie der text- und grafikbasierten Präsentation einzelner Teilnehmer gegenüber einem dispersen Publikum, und die zahlreichen Informationsdienste ermöglichen nicht nur den Abruf von Wissen in allen denkbaren Darstellungsformen, sondern auch die Bereitstellung der unterschiedlichsten informationsbasierten Produkte bis hin zur Verschlüsselungssoftware. Während eine Newsgroup als eine Art elektronischer Zettelkasten oder digitales schwarzes Brett vorwiegend der Many-to-many-Kommunikation auf Textbasis dient, stehen Chatgroups für elektronische Echtzeitkommunikation, die sich in den unterschiedlichsten Größenordnungen und Formen realisieren lässt. Das zentrale Charakteristikum und die Stärken des Internet sind aber nicht nur in den Leistungsmerkmalen einzelner Kommunikationsverfahren zu sehen, sondern vor allem in den Potentialen, die aus der Verbindung der unterschiedlichen Komponenten resultieren.

Die Festnetzkommunikation ist in den letzten Jahren durch unterschiedliche Formen der mobilen Funkkommunikation angereichert worden. Nicht nur Handies mit Leistungsmerkmalen von Computern, auch sogenannte Hotspots, in denen Laptops kabellos mit dem Internet verbunden werden können, erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Mit Hilfe von Decodern soll zukünftig auch das Fernsehempfangsgerät für die interaktive Netzwerkkommunikation tauglich gemacht werden, was auf der Ebene der Endgeräte bedeutet, dass sich Fernseher und Computer aufeinanderzubewegen.

Zusammenfassend lassen sich die wesentlichen Merkmale der neuen Medien auf folgenden Nenner bringen:

Was die neuen Medien gegenüber ihren Vorgängerinnen auszeichnet, ist der Umstand, dass sie prinzipiell die Möglichkeit eröffnen, Informationen in der gesamten Breite der Präsentationsformen stationär oder auch mobil ganzheitlich zu verarbeiten, zu bearbeiten, zu speichern und in alle gewünschten Richtungen zu übertragen.

Mit der zunehmenden Verlagerung gesellschaftlicher Funktionen auf interaktive Netzwerke multimedialer Ausrichtung verlieren die Eigenschaften und Grenzen von Massenmedien und Telekommunikationsdiensten, von stationärer und mobiler Kommunikation sowie von Massenkommunikation

und Individualkommunikation ebenso an Bedeutung wie die Kategorien von Öffentlichkeit und Privatheit.

Mit der fortschreitenden Integration der technologischen Linien - man spricht hier auch von Konvergenz - bilden sich im wirtschaftlichen Bereich neue Akteursstrukturen heraus. Diese zeichnen sich einerseits dadurch aus, dass Konzerne aus den einschlägigen Bereichen - allen voran Fernsehveranstalter, Telefongesellschaften, Diensteanbieter und die Hersteller von Hardware und Software - in strategischen Allianzen eng zusammenarbeiten oder gar zu Medienkonglomeraten fusionieren, und andererseits dadurch, dass an die Stelle national zurechenbarer Unternehmen Global Player treten, die nicht nur einen weltweiten Aktionsradius haben, sondern selbst aus grenzüberschreitend angelegten Kooperationsnetzwerken bestehen.

Mit der Metapher der Informationsgesellschaft wird versucht, die immensen sozialen Implikationen des informationstechnischen Wandels sprachlich zu erfassen. Begriffsgeschichtlich ist diese Metapher auf unterschiedliche Quellen zurückzuführen. Trotz der Tatsache, dass sich ihr Urheber dagegen verwahrt hat, wird das Konzept der Informationsgesellschaft bis heute in erster Linie auf die umfassender angelegte Theorie der postindustriellen Gesellschaft zurückgeführt, die von Daniel Bell Anfang der 1970er Jahre entwickelt worden ist (Bell 1975). Danach setzt eine zunehmende Verwissenschaftlichung von Politik, Wirtschaft und Technik eine Neuordnung sozialer Schichtungen und Herrschaftsbeziehungen in Gang, die dazu führt, dass sich eine Klasse professionalisierter und qualifizierter Berufe an die Spitze der Gesellschaft setzt. Daneben gelten Autoren wie Marc Porat (Porat 1977) und seine Nachfolger, deren Arbeiten mit Begriffen wie „Information Economy“ oder „Knowledge Industry“ verbunden werden, als Ahnherren des informationsgesellschaftlichen Modells (Kleinsteuber 1997: 44). Bereits seit den ausgehenden 1960er Jahren bemühen sich Vertreter dieser Schule, den zentralen Stellenwert von Informationstätigkeiten an der gesellschaftlichen Erwerbsarbeit und der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung nachzuweisen, der aus ihrer Sicht das entscheidende Merkmal für den Übergang in das Stadium der Informationsgesellschaft darstellt. Die Theorie der dritten Welle, mit der Alvin Toffler Anfang der 1980er Jahre ein breites Publikum in seinen Bann ziehen konnte, steht ebenfalls für ein empiriegeleitetes und realtypisches Verständnis von Informationsgesellschaft (Toffler 1980). Gleichzeitig wird deren Herausbildung von dieser Seite als Eintritt in ein neues Stadium gesellschaftlicher Entwicklung interpretiert, das auf die Stadien der traditionellen Gesellschaft und der modernen Gesellschaft folgt. Weil Toffler dem Umstand Rechnung trägt, dass der sozio-technische Wandel des Informationszeitalters nicht nur gravierende Auswirkungen für Wirtschaft und Arbeit mit sich bringt, sondern für alle Bereiche der Gesellschaft,

reicht sein Ansatz deutlich über den der „Information Economy“ hinaus. Zu den Fragen, die durch diese Erweiterung der Perspektive aufgeworfen werden, zählt auch die, ob bzw. inwieweit sich die neuen technischen und informationellen Potenziale für eine Ausweitung politischer Partizipationsräume und eine umfassende Reform der öffentlichen Verwaltung nutzbar machen lassen. Schließlich könnte man auch noch solche Autoren zu den Mitbegründern des informationsgesellschaftlichen Modells zählen, die den sozio-technischen Wandel des ausgehenden 20. Jahrhunderts in der Tradition von Nikolai Kondratieffs Theorie der langen Wellen als eine neue industrielle Revolution in der Folge der Entwicklung und Einführung einer neuen Basistechnologie interpretieren (Berger 1997: 32). Gegen eine solche Einordnung spricht allerdings der Umstand, dass die Herausbildung der Informationsgesellschaft aus einem solchen Blickwinkel nicht als Überwindung der Industriegesellschaft erscheint, sondern lediglich als eine neue Umwälzung innerhalb der überkommenen informationsgesellschaftlichen Strukturen, was den Schluss nahe legt, dass man weniger von einer Informationsgesellschaft als von einer informatisierten und digitalisierten Industriegesellschaft sprechen sollte.

Neuere Kennzeichnungen von Informationsgesellschaft weisen trotz aller Unterschiede und Unvereinbarkeiten regelmäßig zwei gemeinsame Merkmale auf. Das eine besteht in dem Hinweis auf die zunehmende Bedeutung des Wissens, welches als „verarbeitete Information“ bzw. als „Veredlung von Informationen“ verstanden werden kann (Enquêtekommision 2002: 259), das andere in dem Hinweis auf die technischen Innovationen, die diese Entwicklung begünstigt und mitverursacht haben.

Abbildung: Informationstechnikzugang bzw. Informationstechnikausstattung privater Haushalte in Deutschland

<i>Jahr</i>	<i>1998</i>	<i>2003</i>	<i>2005</i>
PC stationär	38,8 %	58,2 %	62,9 %
PC mobil		10,7 %	17,2 %
Internetanschluss	8,1 %	46,0 %	54,6 %
Telefon stationär	96,8 %	94,5 %	95,9 %
Telefon mobil	11,2 %	72,5 %	76,4 %

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistischen Jahrbüchern

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Informationsgesellschaft in einer minimalen Variante folgendermaßen beschreiben:

Die Informationsgesellschaft ist eine Gesellschaft, in der immer mehr wesentliche gesellschaftliche Funktionen auf der Basis interaktiver Netzwerke abgewickelt werden, und in der das zweckorientierte Wissen als Folge einer Informationsexplosion in allen Lebensbereichen einen zentralen Stellenwert erlangt hat.

Dass sich an der Metapher der Informationsgesellschaft bis heute immer wieder ideologische Kontroversen entzünden (Kleinsteuber 1999: 27 f), ist in Anbetracht des Umstandes, dass hier nicht weniger zur Debatte steht als der Zustand und die Zukunft der modernen Gesellschaft, kaum verwunderlich. Dabei können die meisten der derzeit kursierenden ideologischen Interpretationen schwerpunktmäßig auf zwei Idealtypen zurückgeführt werden, von denen der eine ein primär humanistisches und der andere ein primär ökonomistisches Begriffsverständnis verkörpert. Im Sinne der erstgenannten Betrachtungsweise zeichnet sich der Übergang der modernen Gesellschaft in das Stadium der Informationsgesellschaft vor allem dadurch aus, dass die Informationsexplosion in der Alltagswelt und die technisch induzierte Neuordnung von Kommunikationsbeziehungen prinzipiell allen Gesellschaftsmitgliedern in allen Lebensbereichen neue Möglichkeiten der Selbstentfaltung, Emanzipation und Partizipation eröffnen. In der ökonomiezentrierten Lesart steht die Informationsgesellschaft dagegen für ein Entwicklungsstadium der Moderne oder Postmoderne, in der die Ressource Information zusammen mit der Informationstechnik als Mittel ihrer Bereitstellung gleichbedeutend - oder sogar mit einem Übergewicht - neben die überkommenen Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital getreten ist, so dass sich neue Chancen zur Bewahrung und Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstandes ergeben. In das Nationale gewendet transportiert dieser Idealtyp ein Verständnis, das die innerhalb einer Volkswirtschaft verfügbaren Bestände an Information und Informationstechnik als Trumpfkarten in einer globalen Standortkonkurrenz erscheinen lässt.

Der Begriff der Informationsgesellschaft ist tendenziell positiv belegt. Obwohl eine andere Haltung in der Sache durchaus nachvollziehbar wäre, werden negative Utopien wie die Verwirklichung des Orwellschen Horrorszenarios einer gnadenlosen Überwachungsgesellschaft, die den Staatsbürger zum „gläsernen“ Bürger degradiert, oder das allgegenwärtige Schreckgespenst einer Arbeitsgesellschaft, der im Zeitalter der Hochtechnisierung die Arbeit ausgeht, in der Regel mit anderen Metaphern verbunden.

Die Herausforderungen, die daraus resultieren, dass die staatlichen Einrichtungen die neuen informationstechnischen Potentiale auch zur Verbesserung der eigenen Leistungsfähigkeit nutzen sollen, werden unter der Überschrift Electronic Government thematisiert. Als Ausgangspunkt und analytischer Bezugsrahmen dient dabei häufig das Memorandum zum Electronic Government, mit dem sich im September 2000 etwa siebzig Fachleute zu Wort meldeten, und das in der darauffolgenden Zeit für die einschlägige Diskussion prägend geworden ist.

Das Memorandum liefert folgende Begriffsdefinition:

Electronic Government steht für die „Durchführung von Prozessen der öffentlichen Willensbildung, der Entscheidung und der Leistungserstellung in Politik, Staat und Verwaltung unter sehr intensiver Nutzung der Informationstechnik“ (GI/VDE 2000: 3).

In Fortführung dieser Kennzeichnung lassen sich die Teleadministration, die Telepartizipation und das organisatorische Reengineering als drei zentrale Handlungskorridore von Electronic Government unterscheiden, in denen digitale Verfahren der Informationsbereitstellung, Kommunikation und Transaktion realisiert werden können (Winkel 2004: 126 ff). Weil es in diesen Korridoren darum geht, informationstechnische Instrumente jeweils in einer spezifischen Weise einzusetzen, kann man hier auch von drei zentralen Anwendungsfeldern sprechen.

- Teleadministration steht für die digitaltechnisch gestützte Abwicklung von Abläufen an der Schnittstelle von Verwaltung und Bürgerschaft, etwa im Meldewesen, von Kooperationsbeziehungen zwischen der Verwaltung und ihren Geschäftspartnern, etwa im Beschaffungswesen, sowie von Prozessen zur konzertierten Aufgabenerfüllung, etwa in der Form einer Public Privat Partnership.
- Als Telepartizipation wird die Mitwirkung der Bürgerschaft an der politischen Willensbildung bezeichnet, wobei man Onlinewahlen, elektronische Plebiszite und digitale Diskurse als zentrale Anwendungsvarianten unterscheiden kann.
- Auf dem Gebiet des organisatorischen Reengineering kommt es im Unterschied zu den Bereichen der Teleadministration und der Telepartizipation weniger auf die Möglichkeiten an, welche die digitalen Informationstechnologien als Kommunikations- und Kooperationsmittel bieten, als auf die Potentiale, die ihnen als Organisationsmittel innewohnen: Hier sollen sie primär als “Enabler für neuartige organisatorische Konzepte” (Lenk 2000: 170) produktiv gemacht werden.

Diese Differenzierung lässt auch bereits die mehrdimensionale Stoßrichtung erkennen, die Electronic Government nach dem Memorandum aufweisen soll: Während die Einführung von Teleadministrationslösungen vor allem im Interesse einer verbesserten Kundenorientierung und einer gesteigerten Effektivität und Effizienz des Verwaltungshandelns erfolgen soll, wird die Implementation von Telepartizipationsanwendungen primär mit den Zielen der Stärkung bürgerschaftlicher Teilhabe und der Erhöhung von demokratischer Legitimation und Transparenz politisch-administrativer Prozesse verbunden. Durch die Reorganisation von Strukturen und Prozessen sollen nicht nur geeignete Voraussetzungen für Teleadministration und Telepartizipation geschaffen, sondern darüber hinaus Ziele erreicht werden, wie man sie in den Bereichen von Staatsmodernisierung und Verwaltungsreform zu realisieren sucht.

4. Globalisierung

Die digitale Informationsgesellschaft ist letztlich nur als eine sich internationalisierende und globalisierende Gesellschaft denkbar, was schon darin zum Ausdruck kommt, dass Informationen, die in einem einzigen Land auf der Basis von interaktiver Netzwerkkommunikation angeboten werden, prinzipiell weltweit jeder Person mit Internetzugang zur Verfügung stehen. Diesen Umstand unterstreichen auch Autoren, die von der Globalisierung und dem Übergang der modernen Gesellschaft in das Informationszeitalter als von zwei ineinander verwobenen „Megatrends“ (Berger 1997: 15) oder von der Herausbildung einer „Weltinformationsgesellschaft“ (Schweigler 1999) sprechen.

Globalisierung steht für das „wirtschaftliche, politische, kulturelle“ und in weiteren Bereichen erfolgende „Zusammenwachsen der einzelnen Gesellschaften auf der Welt zu einer Weltgesellschaft“ (Fuchs u.a. 1994: 250).

Eine differenziertere Definition beschreibt Globalisierung als einen Prozess, der den Nationalstaat - dessen zentrale Kennzeichen die Kongruenz von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt sind - „unterläuft“ und „relativiert“, weil „eine multiple, nicht ortsgebundene Vielheit von sozialen Kreisen, Kommunikationsnetzwerken, Marktbeziehungen“ und „Lebensweisen“ seine „territorialen Grenzen quervernetzt“ (Beck 1998: 18; Altva-ter/Mahnkopf 1996).

Der enge Zusammenhang von informationstechnischen Innovationen und Globalisierungsprozessen des ausgehenden 20. und des frühen 21. Jahrhunderts wird besonders deutlich, wenn man gesellschaftliche Interaktionen auf einer grundlegenden Ebene als Austauschbeziehungen betrachtet, die sich in den Dimensionen von Materie, Energie und Information vollziehen: Dass immer mehr Interaktionen, die sich im wesentlichen auf den Austausch von Informationen beschränken, auf globalem Niveau abgewickelt werden, ist nämlich unmittelbar auf die weltweite Ausbreitung der Massenmedien und insbesondere der Telekommunikationsnetze zurückzuführen. Diese Entwicklung findet ihren Ausdruck nicht nur in den oben angesprochenen medienökonomischen Konzentrationsprozessen und in der Herausbildung einer medienvermittelten Weltöffentlichkeit ohne einen korrespondierenden „Weltstaat“ (Luhmann 1991: 310), sondern auch in Veränderungen, die über den Medienbereich weit hinausgehen. Man denke hier nur daran, dass Indien sich wegen niedriger Lohnkosten inzwischen als größter Softwareexporteur etablieren konnte, oder man denke an die unter wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aspekten gleichermaßen bedenkliche Entkopplung von Geldströmen und Güterströmen.

Der Umstand, dass die nach wie vor primär nationalstaatlich organisierte Politik in dem Maße an Einfluss auf die gesellschaftlichen Entwicklungen verliert, wie sich der „transnationale Verflechtungsraum“ (Simonis 1995: 27) - also eine Sphäre grenzüberschreitender gesellschaftlicher und insbesondere wirtschaftlicher Kooperation - über den Globus ausdehnt, ist ein wesentlicher Grund für die Steuerungskrise der repräsentativen Demokratie, deren Entwicklung eine der größten Leistungen der Neuzeit darstellt. Was die Lage weiter verschärft, ist die Tatsache, dass die Rückgewinnung von politischer Gestaltungsfähigkeit in vielen Bereichen nur unter Inkaufnahme von Einbußen an demokratischer Partizipation und Kontrolle erfolgen kann. Wo es der Politik nämlich gelingt, sich - insbesondere durch die Schaffung internationaler und supranationaler Einrichtungen - grenzüberschreitend zu organisieren, kann sie zwar Steuerungsfähigkeit zurückerobern, dies aber oft nur um den Preis eines „Legitimationsdefizites“ (Thränhardt: 1993: 75) oder „Demokratiedefizites“ (Maurer 1996: 25). Auf diese Problematik bezieht sich die These von einer „ungleichzeitigen Denationalisierung“ innerhalb der Europäischen Union (Zürn 1996), nach der im Zuge der europäischen Integration zuerst die Nationalstaaten und danach die in den Nationalstaaten eingesetzten Parlamente und die nationalen Öffentlichkeiten an Bedeutung verlieren. Die erste Stufe der Denationalisierung wird dabei darauf zurückgeführt, dass es den politischen Akteuren in vielen Bereichen nicht gelingt, das Tempo der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Internationalisierung und Globalisierung in vollem Umfang mitzugehen, und die zweite Stufe darauf, dass sich in den Bereichen, in denen die Politik in dieser Hinsicht

mit Wirtschaft und Gesellschaft Schritt halten kann, überstaatliche Bürokratien herausbilden, die durch nationale Parlamente und die Bürgerinnen und Bürger der einzelnen Länder nicht so effektiv kontrolliert werden können wie Exekutivorgane, die auf nationaler oder subnationaler Ebene angesiedelt sind.

Die Schaffung von Megaparlamenten, die etwa als legislative Körperschaften ganzer Kontinente fungieren, scheint auf den ersten Blick einen gangbaren Weg zu bieten, um die Steuerungs- und Legitimationsprobleme des politischen Systems zu entschärfen. Wäre es auf diese Weise doch immerhin möglich, die als Reaktion auf die globale Qualität zentraler Zukunftsherausforderungen erforderliche Übertragung politischer und administrativer Kompetenzen von Nationalstaaten auf internationale Einrichtungen mit den überkommenen Formen von Gewaltenschränkung und demokratischer Repräsentation und Kontrolle zu verbinden. Auf den zweiten Blick treten aber die Nachteile einer solchen Strategie zutage: Wer will schon einen Parlamentsmoloch, der weit entfernt von den konkreten Problemen und den betroffenen Menschen einsame Entscheidungen trifft? Würde man auf die zunehmende Ausbreitung und Verdichtung eines transnationalen Verflechtungsraumes und die damit einhergehenden Denationalisierungstendenzen mit der Schaffung von Superparlamenten antworten, ließen sich die primär auf die Internationalisierung und Globalisierung zurückgehenden Probleme vielleicht entschärfen. Dies geschähe dann aber um den Preis einer Zuspitzung von Steuerungsproblemen, die primär aus der autopoetischen Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft resultieren, die eine mit der Globalisierung untrennbar verwobene und gleichermaßen machtvolle Entwicklung darstellt.

Der sozialwissenschaftliche Terminus der autopoetischen Ausdifferenzierung geht auf Niklas Luhmann (Luhmann 1987) als einem der wichtigsten Vertreter der modernen Systemtheorie zurück, nach der sich die Gesellschaft als Gesamtheit aufeinander bezogener sinnhafter Handlungen oder Kommunikationsvorgänge begreifen lässt (Claessens/Tyradellis 1997: 124 ff; Fuchs u.a. 1994: 666). Der Begriff der Autopoiesis ist von Luhmann aus den Naturwissenschaften übernommen worden, wo man ihn wiederum von

dem griechischen „Autopoïtikós“ abgeleitet hat, was soviel bedeutet wie „selbstgemacht“. In den Naturwissenschaften steht Autopoiesis für die Selbsterhaltungsfähigkeit von biologischen Systemen, etwa von Geweben.

In den Sozialwissenschaften dient Autopoiesis zur Bezeichnung von Prozessen der Selbsterhaltung oder Selbstherstellung von sozialen Gebilden, etwa von Organisationen (Claessens/Tyradellis 1997: 233).

Von Differenzierung oder Ausdifferenzierung sprechen Sozialwissenschaftler, wenn es um den Prozess oder das Ergebnis der Aufgliederung eines sozialen Ganzen geht. Man denke etwa an die Trennung der Geschlechterrollen von Mann und Frau oder an die Herausbildung von neuen Produktionskonzepten und Arbeitsteilungsmustern im technisch-ökonomischen Wandel. Funktionale Ausdifferenzierung ist mit Vor- und Nachteilen verbunden. Einerseits steigert sie die Leistungspotenziale eines Systems in dem Maße, wie die Ergebnisse der Spezialisierungsprozesse neue Möglichkeiten eröffnen, andererseits erhöht sie die Koordinations- und Kooperationsanforderungen zwischen den Systemkomponenten in dem Umfang, wie die Komplexität des Systems zunimmt (Fuchs u.a. 1994: 142 f). Vor diesem Hintergrund kann man festhalten: Der systemtheoretische Begriff der autopoetischen Ausdifferenzierung verweist auf das Phänomen einer stetigen Ausweitung und Fortentwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme, die unterschiedlichen Funktionslogiken folgen und sich daher immer weiter voneinander abschotten, was im Ergebnis nicht nur zu Leistungssteigerungen sondern auch zu einem erhöhten Abstimmungsbedarf und einer erhöhten Störanfälligkeit führt.

Ausmaß und Tempo der autopoetischen Ausdifferenzierungsprozesse werden wesentlich durch den Umfang der gesellschaftlichen Interaktionen mitbestimmt, so dass die sich zunehmend auffächernden Massenmedien und die neuen Telekommunikationsdienste, die neue Verbindungen schaffen und zusätzliche Interaktionsräume erschließen, zu den zentralen Triebkräften der autopoiesischen Ausdifferenzierung gezählt werden müssen. Während Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen, die den individuellen Vorlieben widersprechen und kulturell kollektivierend wirken, innerhalb einer kleineren sozialen Einheit wie einer Dorfgemeinschaft noch die Regel sind, ist ihre Bedeutung innerhalb einer größeren sozialen Einheit wie einer städtischen Metropole schon weitaus geringer. Zur Ausnahme werden sie aber erst dort, wo sich das Spektrum der Interaktionsoptionen quasi in das Grenzenlose erweitert. Und eben dies ist mit der zunehmenden Übertragung von gesellschaftlichen Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen auf interaktive Netzwerke für immer mehr Menschen der Fall, denn - um es mit

den Worten von Bill Gates zu sagen - die neuen informationstechnischen Innovationen führen dazu, dass Personen mit gleichen Zielen und Interessen „sich online finden und organisieren“ können, ohne dass dies die „geringste Mühe bereitet“ (Gates 1995: 391).

Weil das Individuum in seiner konkreten Lebenswelt in die unterschiedlichsten Teilsysteme eingebunden und den Imperativen der unterschiedlichsten Funktionslogiken ausgeliefert ist, führen die autopoiesischen Entwicklungen dazu, dass sich das menschliche Dasein immer komplexer gestaltet und zunehmend paradoxe Strukturen aufweist. Man denke hier nur an die widerstreitenden Anforderungen, mit denen sich der moderne Mensch seitens der ökonomischen und der ökologischen Logik täglich konfrontiert sieht. Problembewältigung durch politisches Handeln wird angesichts dieser Spannungen und der damit verbundenen Unübersichtlichkeit immer stärker zu einer Gratwanderung, hin- und hergerissen zwischen den unterschiedlichsten Anforderungen, die für sich selbst durchaus berechtigt sein und sich dennoch diametral widersprechen können. In dem Maße, wie sich die Differenzierungsprozesse auf der Systemebene fortsetzen, verlieren die Problemlösungskonzepte der Massengesellschaft in den einzelnen Bereichen des menschlichen Daseins an Bedeutung, und wächst der Bedarf an dezentralen, auf die konkreten Bedingungen von einzelnen Räumen und Sachbereichen zugeschnittenen Lösungen. Auf einen in dieser Weise veränderten Steuerungsbedarf kann das primär nationalstaatsbasierte parlamentarisch-repräsentative System aber häufig nicht mit einer adäquaten Steuerungsleistung reagieren, weil die politischen und administrativen Entscheidungsträger von den Problemen oft zu weit entfernt sind, um die konkreten Problemstrukturen in der erforderlichen Weise nachzuvollziehen und ohne Zeitverluste zu handeln. Fälle, in denen vergeblich versucht wird, die Herausforderungen einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaft allein mit den überkommenen Rezepten der Massengesellschaft zu bewältigen, lassen sich daher als Ausdruck einer differenzierungsbedingten Steuerungskrise interpretieren.

Die Herausforderungen, die aus den untrennbar ineinander verwobenen und durch den informationstechnischen Wandel vorangetriebenen Phänomenen der Globalisierung und autopoetischen Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft resultieren¹, setzen auch das politische System der Bundesre-

¹ Auf spezifische Aspekte der Wechselwirkungen zwischen den Phänomenen der Globalisierung und Ausdifferenzierung verweist das Kunstwort Glocalisierung, das aus den Begriffen Globalisierung und Lokalisierung zusammengesetzt ist. Es dient der Zurückweisung der weitverbreiteten Fehleinschätzung, dass die fortschreitende Globalisierung notwendiger-

publik Deutschland gleich von zwei Seiten unter Druck. Weil einerseits vermehrt Entwicklungen auftreten - etwa auf den globalen Finanzmärkten - die nur durch Interventionen auf der Ebene der internationalen Politik beeinflusst werden können, und sich andererseits immer mehr Felder herausbilden - etwa in speziellen Bereichen der Umweltpolitik und der Verkehrsgestaltung - die sich lediglich unter stärkerer Einbeziehung regionaler und lokaler Akteure angemessen bearbeiten lassen, steht man heute zunehmend vor der Notwendigkeit, ausgewählte nationalstaatliche Kompetenzen in beide Richtungen zu übertragen. Auf lange Sicht gefordert sind intelligente, nach Räumen und Sachbereichen differenzierende Lösungen, die einerseits zwischen staatlicher Politik, zivilgesellschaftlicher Gestaltung und marktmäßiger Organisation und andererseits zwischen Nationalität, Internationalität und Regionalität liegen. In unterschiedlichen Politikfeldern ist bereits heute die Tendenz erkennbar, dass primär nationalstaatlich basiertes Government hinter sektoral und regional übergreifende Governance zurücktritt.

Allerdings ist bei Bestrebungen, Government durch Governance zu ersetzen, auch Vorsicht geboten: Auf keinen Fall dürfen sie dazu führen, dass die moderne Gesellschaft den Boden des demokratisch-repräsentativ organisierten Nationalstaates unter den Füßen verliert, ohne auf ein zuverlässiges Äquivalent zurückgreifen zu können. Denn dieser stellt bis heute den einzigen Raum dar, in dem es gelungen ist, den sozialen und politischen Menschenrechten über längere Zeiträume Geltung zu verschaffen. Schon allein aus diesem Grund spricht vieles für die Annahme, dass sich das Unterfangen, die politische Problembearbeitung ohne gravierende Legitimitätsverluste an die veränderten Bedingungen einer sich zunehmend globalisierenden und ausdifferenzierenden Gesellschaft anzupassen und dabei auch dem auf diese Weise entstehenden Koordinationsbedarf zwischen den unterschiedlichen Handlungsbereichen und Handlungsebenen Rechnung zu tragen, nur im

weise eine umfassende kulturelle Uniformisierung der Welt und damit auch eine Verschüttung lokaler und regionaler Besonderheiten nach sich ziehen muss. In diesem Sinne führt Ulrich Beck aus, dass es bei „Globalisierung auch immer um Lokalisierung“ gehe, weil die globalen Trends die lokalen Milieus in der Regel nicht einseitig überformten, sondern sich beides vermische und wechselseitig befruchte. Daher bedeute Globalisierung nicht zuletzt auch das „Zusammenziehen“ und „Aufeinandertreffen“ lokaler Kulturen, die in einem „Clash of localities“ inhaltlich neu bestimmt werden müssten (Beck 1998: 85 ff). Rüdiger Robert spricht in diesem Zusammenhang folgerichtig von der Ausbildung „eines grundlegend neuen Systems von Raumbeziehungen“ (Robert 2005: 103 ff).

Rahmen von in kleinen Schritten angelegten Gestaltungsprozessen nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum realisieren lässt.

Die Frage, in welchem Maße und auf welche Weise sich die neuen Informationstechnologien als Kommunikations-, Koordinations-, Kooperations- und Organisationsmittel in den Dienst von sukzessiven Strukturreformen in Richtung auf das Leitbild von Governance stellen lassen, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Der Begriff Electronic Governance ist allerdings noch weitaus weniger konturiert als der des Electronic Government. So buntschillernd, wie sich die Kontroverse um Wesen, Möglichkeiten und Grenzen von Governance darstellt (Benz 2004: 11 ff), so vielschichtig und heterogen sind natürlich auch die Sichtweisen, die sich um die Metapher Electronic Governance ranken.

Die Stoßrichtung entsprechender Konzepte stellt sich folgendermaßen dar:

Electronic Governance will die interaktiven Informationstechnologien gezielt nutzen, um „Lebensbereiche zu gestalten“ bzw. auf „Werte und Ziele auszurichten“ und die „mit ihnen befassten Personen und Gemeinschaften untereinander abzustimmen“ (Reinermann/von Lucke 2002: 9).

5. Demokratische Politik und Weltinformationsgesellschaft

In modernen Gesellschaften, die sich den politischen Menschenrechten verpflichtet sehen, ist Politik nur als demokratische Politik denkbar. Dabei lassen sich in einer pluralistischtheoretischen Lesart drei Stufen des demokratischen Willensbildungsprozesses idealtypisch unterscheiden, die nicht nur im staatlichen, sondern auch im vorstaatlichen Raum angesiedelt sind (Eisfeld 1991):

- Auf der ersten Stufe werden politische und politisch relevante Informationen und Impulse aufgenommen.
- Auf der zweiten Stufe kommt es zur Aufdeckung und zum Abgleich der Wahrnehmungen, Aktionen und Interessen unterschiedlicher Akteure und zur Formulierung der politischen Agenda.
- Auf der dritten Stufe mündet die Willensbildung in die Entscheidungsphase ein, wobei die Einschaltung eines Repräsentationsorgans die Regel und das direkte Votum der souveränen Bürgerschaft die Ausnahme darstellt.

Das Funktionieren des demokratischen Willensbildungsprozesses erfordert auf sozialpsychologischer Ebene das Vorliegen spezifischer Einstellungen und Verhaltensmuster, die in ihrer Gesamtheit die politische Kultur einer Gesellschaft ausmachen (Barber 1994).

Unverzichtbare Voraussetzung der demokratischen Willensbildung ist die Herstellung von Öffentlichkeit. Als Formen von Öffentlichkeit, die als Träger des demokratischen Prozesses und als Vermittlungsraum der politischen Kultur in Betracht kommen, lassen sich die Gruppenöffentlichkeit, die Versammlungsöffentlichkeit und die durch das Fernsehen dominierte massenmediale Öffentlichkeit unterscheiden (Gerhards/Neidhardt 1990). Es ist offensichtlich, dass die massenmediale Öffentlichkeit diejenige Form von Öffentlichkeit darstellt, auf die es unter den Bedingungen der Massengesellschaft auch unter politischen Aspekten in entscheidendem Maße ankommt. In den letzten Jahren mehren sich die Anzeichen dafür, dass sich auf der Basis der Massenmedien und insbesondere des Fernsehens eine Weltöffentlichkeit herausbildet, die selbst den Dominanzversuchen der mächtigsten Staaten und internationalen Organisationen widerstehen kann. Dabei zählt neben CNN und BBC der Nachrichtensender Al Dschasira, welcher sich inzwischen auch mit einem englischsprachigen Programm etabliert hat, zu den weltweit wichtigsten Rundfunkveranstaltern (Hamann 2006: 17 ff).

Allerdings erschöpft sich die Funktion der Massenmedien auch in den hochentwickelten Demokratien der westlichen Welt nicht darin, die Repräsentierten über das Handeln der Repräsentanten aufzuklären und den Repräsentanten eine Vorstellung von den Einstellungen, Interessen und Bedürfnissen der Repräsentierten zu vermitteln. Auf die Rolle von Instanzen, die Gesellschaften bzw. politische Gemeinwesen durch die Identifikation, Bewahrung und Vermittlung gemeinsamer Werte integrieren, lassen sie sich erst recht nicht reduzieren. Vielmehr haben die Massenmedien auch die Funktion von Wirkfaktoren, das heißt in einem gewissen Sinne auch von Akteuren im demokratischen Prozess, was sowohl positive als auch negative Effekte mit sich bringt (Kevenhörster 1997: 166 ff, Sarcinelli 1987; Wittkämper 1998: 271 ff). Zu den Problemen, die man gemeinhin auf die Mediatisierung von Politik zurückführt, zählen

- die Gefahr der Manipulation von Wahrnehmungen und Meinungen durch die Ausnutzung der Überlegenheit, welche die Einwegkommunikation den Kommunikatoren gegenüber den Rezipienten bietet
- die Gefahr der Ausblendung von Themen und Akteuren, welche den Medienformaten und insbesondere dem Fernsehformat nicht gerecht werden

- die damit verbundene Gefahr, dass wesentliche gesellschaftliche Probleme wegen des Überhandnehmens von symbolischer Politik auf Kosten materieller Politik nicht adäquat bearbeitet werden können.

Seit geraumer Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, dass diese Probleme mit der Internationalisierung und Globalisierung von öffentlichen Räumen nicht abnehmen, sondern zunehmen (Beck 1998: 94 u. 122).

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob die neuen Medien bzw. die interaktiven Informationstechnologien die Möglichkeit bieten, das Fernsehen in seiner politischen Leitfunktion herauszufordern und die geschilderten Mängel nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler und globaler Ebene abzubauen. Für eine solche Annahme, die mit einem humanistischen Verständnis von Informationsgesellschaft korrespondiert, spricht der Umstand, dass die grenzüberschreitend angelegte Netzwerkkommunikation im Prinzip einen komfortablen, ungefilterten, kostengünstigen und universellen Zugang zu politischen Informationen und Prozessen ermöglicht, dass sie der Einwegkommunikation der Massenmedien eine Zweiwegkommunikation entgegensetzt, und dass sie in der Lage ist, komplexe Sachverhalte - etwa in der Form von Texten, Tabellen und Grafiken - ebenso zu transportieren wie unterhaltende Kombinationen von Bewegtbild und Sprache. Dabei können die neuen Technologien grundsätzlich auf allen Stufen des demokratischen Prozesses produktiv gemacht werden: Auf der Stufe der Information erleichtern sie den Zugriff auf politische und behördliche Dokumente aller Art, auf der Stufe des Diskurses eröffnen sie vielfältige zusätzliche Wege für Bürgerinnen und Bürger, untereinander und mit ihren politischen Repräsentanten in Verbindung zu treten², und auf der Stufe der Entscheidung bieten sie nicht nur die Möglichkeit, herkömmliche Wahlprozeduren durch virtuelle zu ersetzen, sondern auch die Chance, in einzelnen Bereichen repräsentative Verfahren durch direktdemokratische zu ersetzen. Selbst europaweit angelegte Plebiszite erscheinen unter den veränderten Vorzeichen einer Weltinformationsgesellschaft durchaus denkbar.

Auf der anderen Seite finden sich aber auch viele Einwände gegen die These, dass die neuen Medien bzw. die interaktiven Informationstechnologien einen wesentlichen Beitrag zur Förderung politischer Partizipationsprozesse auf nationaler, internationaler und globaler Ebene leisten können. Insbesondere die Hoffnung, dass sich mit dem Übergang in das elektronische Zeital-

² Hier sind die Potentiale hervorzuheben, die das Internet im nationalen und insbesondere im internationalen Rahmen als Medium zivilgesellschaftlicher Politik bietet (Medosch 2003: 261 ff).

ter eine neue Qualität von Weltöffentlichkeit und Weltpolitik herausbilden könnte, halten viele Autoren für trügerisch. Dabei verweisen sie unter anderem auf Hindernisse und Gefahren, die daraus resultieren, dass die virtuellen Kommunikationsräume starke Differenzierungs- und Segmentierungstendenzen aufweisen, und daraus, dass kulturelle Widersprüche grenzüberschreitend angelegte Verständigungsprozesse nachhaltig erschweren oder sogar verhindern können.

Ein besonders gravierendes Gegenargument hebt die problematischen politischen Folgen der asymmetrischen Verteilung von Zugangsmöglichkeiten und Nutzungskompetenzen in einer sich zunehmend digitalisierenden Welt hervor: Weil das Wissen, die Einstellung und die technischen Mittel, die die Voraussetzungen für die Nutzung informationstechnischer Systeme darstellten, nicht überall in gleichem Maße vorhanden seien, müsse eine zunehmende Abwicklung grundlegender politischer Funktionen über Telekommunikationsnetze fast zwangsläufig zur Ausgrenzung vieler Menschen aus dem öffentlichen Diskurs und damit auch aus den Prozessen der politischen Willensbildung führen. Schon in hochentwickelten Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland fehlten in großen Bevölkerungsteilen wesentliche Partizipationsvoraussetzungen, was insbesondere für die Bereiche technisches Wissen, Englischkenntnisse, finanzielle Mittel und technische Zugangsvoraussetzungen gelte. Und selbst dort, wo die materiellen, technischen und intellektuellen Partizipationsvoraussetzungen gegeben seien, könne die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in virtuell abgewickelte politische Prozesse an kulturellen Hemmschwellen scheitern, wie sie etwa unter älteren Menschen häufig anzutreffen seien. Für die Relevanz derartiger Überlegungen spricht schon der Umstand, dass in Deutschland im Jahr 2006 immerhin 23 Millionen Menschen im Alter von über 14 Jahren nicht in die Internetkommunikation eingebunden waren (BMW 2006: 10 ff). Die am häufigsten anzutreffenden „Offliner“ sind ältere Frauen mit niedrigem Bildungsabschluss.

Abbildung: Internetnutzung in Deutschland nach Haushaltsnettoeinkommen

	2001	2003	2006
Unter 1.000 Euro	17,2	27,6	37,2
1.000-2.000 Euro	28,4	38,8	48,6
2.000-3.000 Euro	46,8	58,8	69,4
3.000 Euro/mehr	66,0	74,0	82,5

Quelle: Eigene Darstellung nach (N)onliner Atlas 2006

Abbildung: Internetnutzung in Deutschland nach Bildungsabschluss

	2001	2003	2006
Hauptschule	23,4 %	32,1 %	40,3 %
Weiterbild. Schule	49,2 %	57,1 %	65,0 %
Abitur/Studium	69,8 %	77,2 %	80,8 %

Quelle: Eigene Darstellung nach (N)onliner Atlas 2006

Abbildung: Internetnutzung in Deutschland nach Alter

	2001	2003	2006
14-29	63,4 %	77,2 %	86,5 %
30-49	48,0 %	66,3 %	74,1 %
50/älter	15,6 %	25,0 %	33,7 %

Quelle: Eigene Darstellung nach (N)onliner Atlas 2006

Abbildung: Internetnutzung in Deutschland nach Geschlecht

	2001	2003	2006
Männer	44,2 %	58,8 %	65,4 %
Frauen	30,5 %	42,1 %	51,5 %

Quelle: Eigene Darstellung nach (N)onliner Atlas 2006

Noch weitaus bedenklicher stellt sich die Zugangsproblematik dar, wenn man sie in ihrer internationalen bzw. globalen Dimension betrachtet. In großen Teilen der Welt fehlt es nämlich schon an der für die Netzwerkkommunikation erforderlichen Übertragungsinfrastruktur, und zwar nicht nur an sogenannten Backbones – also an Datenleitungen mit hohen Übertragungskapazitäten – sondern bereits an Telefonanschlüssen. Nach Ansicht kritischer Autoren lässt dies die „Idee von einem universellen, globalen Netzwerkbetrieb“ nicht nur unrealistisch, sondern sogar „lächerlich“ erscheinen (Buchstein 1996: 591). In Anbetracht gravierender inner- und insbesondere

zwischen-gesellschaftlicher Disparitäten sei eine virtuelle Demokratie mit grenzüberschreitend angelegten Komponenten entweder als eine neue Form der Elitendemokratie realisierbar oder überhaupt nicht. „Gerade diejenigen, die bislang in den politischen Entscheidungsgremien und der publizistischen Öffentlichkeit die geringsten Teilhabemöglichkeiten“ gefunden hätten, würden „mit keinem Deut an den neuen Chancen partizipieren können“. Die „Chancen für demokratische Mitbestimmung und mehr Bildung“ würden vor allem diejenigen ergreifen können, die „bisher schon überdurchschnittlich Gelegenheit zur Einmischung“ gehabt hätten (Stegbauer 1996: 144).

Abbildung: Internetnutzung nach Kontinenten 2004

<i>Weltregion</i>	<i>Internetnutzer je 10.000 Einwohner</i>
<i>Kanada und USA</i>	5.321
<i>Australien</i>	4.817
<i>Japan und „kleine Tiger“</i>	3.820
<i>Europa</i>	2.673
<i>China (einschl. Hongkong)</i>	2.662
<i>Lateinamerika und Karibik</i>	992
<i>Südostasien (restl. Asien)</i>	829
<i>Afrika</i>	336

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistischem Jahrbuch

Die Bedenken, mit denen sich „Netzpessimisten“ gegen die Thesen von „Netzo-optimisten“ wenden (Buchstein 1996: 583 ff; Winkel 2001: 142 ff), sind keinesfalls von der Hand zu weisen. Gleichzeitig sollten Überlegungen zu den Perspektiven von politischer Öffentlichkeit und politischer Beteiligung unter den veränderten Bedingungen einer sich herausbildenden Weltinformationsgesellschaft aber auch dem Umstand Rechnung tragen, dass die technische Entwicklung die gesellschaftliche Entwicklung nicht schicksalhaft bestimmt, sondern dass durchaus politische Gestaltungsmöglichkeiten im sozio-technischen Wandel gegeben sind (Böhret 1986; Kevenhörster 1984). So ist es der Regierung der Vereinigten Staaten schon vor vielen Jahren gelungen, die Weichen für die Schaffung eines allgemein zugänglichen „Information Superhighway“ zu stellen (Kleinsteuber 1996). Dass man später auch in der Bundesrepublik Deutschland die Notwendigkeit eines flächendeckenden Zugangs zum Internet erkannt hat, zeigen Initiativen wie Bund Online 2005 (BMI 2001). Dabei handelt es sich um ein Programm zur

Förderung informationstechnischer Innovationen, das von der Bundesregierung mit einem Etat von 1,65 Milliarden Euro ausgestattet worden ist. Zudem werden sich viele Zugangsprobleme, die aus fehlenden technischen Kenntnissen und fehlender Akzeptanz resultieren, in den modernen Gesellschaften mit dem Generationswechsel voraussichtlich von selbst entschärfen.

Was die unterentwickelten Länder betrifft, stellen sich die Lage und die Perspektiven allerdings wesentlich schlechter dar. So spielt das Internet in vielen Regionen Afghanistans, Libyens, Nordkoreas, Ruandas und Syriens bis heute keine nennenswerte Rolle, und in vielen Teilen der Welt fehlt es bislang an den erforderlichen Übertragungsinfrastrukturen, obwohl mit der Satellitentechnik eine für die Belange der unterentwickelten Länder geeignete Technologie prinzipiell zur Verfügung steht (Brüne 1999: 212 ff). Und selbst wenn es in absehbarer Zeit gelingen sollte, diese Lücken zu schließen, würden Faktoren wie die gravierenden sozialen Unterschiede und die Bildungsdefizite in vielen Ländern Afrikas und Lateinamerikas diese Fortschritte weitgehend zunichte machen. Nicht nur die Politiker dieser Staaten, auch die Entwicklungspolitiker in den entwickelten Ländern und in den mit einschlägigen Fragen befassten internationalen Organisationen täten gut daran, sich mit dem Thema neue Medien und interaktive Netzwerkkommunikation zukünftig weitaus stärker als in der Vergangenheit zu befassen. In diesem Sinne wurden 2003 und 2005 auf den Treffen zum Weltgipfel zur Informationsgesellschaft in Genf und Tunis Dokumente verabschiedet, welche darauf abzielen, einen global abgestimmten politischen und rechtlichen Rahmen für den Übergang in das Informationszeitalter zu entwickeln und die dazu notwendigen infrastrukturellen, materiellen, technischen und personellen Voraussetzungen zu schaffen (ITU 2006; Kleinwächter 2006: 10 f). Die konkreten Ziele dieser von Staaten, internationalen Organisationen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Unternehmen getragenen Initiative: Jeder Ort der Erde soll an das Internet angeschlossen werden, Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Verwaltungen sollen vernetzt werden, und die Anzahl der Internetnutzer soll von etwa einer Milliarde im Jahr 2006 auf drei Milliarden im Jahr 2015 erhöht werden.

Literatur

Altvater, Elmar/**Mahnkopf**, Birgit 1996: Grenzen der Globalisierung, Münster.

Barber, Benjamin 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg.

- Beck, Ulrich** 1998: Was ist Globalisierung? Frankfurt/M.
- Bell, Daniel** 1975: Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/M.
- Benz, Arthur** 2004: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? in: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelungssystemen, Wiesbaden, S. 11 - 28.
- Berger, Roland** 1997: Zehn Thesen zur Ökonomie der Informationsgesellschaft am Standort Deutschland im einundzwanzigsten Jahrhundert, in: Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft“ (Hrsg.): Zur Ökonomie der Informationsgesellschaft - Perspektiven, Prognosen, Visionen, Bonn, S. 15 - 33.
- Böhret, Carl** 1986: Politik und Technik, in: Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.): Politik und die Macht der Technik. 16. wissenschaftlicher Kongress der DVPW vom 7. bis 10. Oktober 1985 in der Ruhr-Universität Bochum. Tagungsbericht, Opladen, S. 12 - 22.
- Brüne, Stefan** 1999: Die afrikanische Informationsgesellschaft, in: Donges, Patrick u.a. (Hrsg.): Globalisierung der Medien? Opladen, S. 211 - 227.
- Buchstein, Hubertus**, 1996: Bittere Bytes. Cyberbürger und Demokratietheorie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, H 4, S. 583 - 607.
- Bundesministerium des Innern BMI** 2001: Bund Online 2005. Umsetzungsplan für die E-Government-Initiative, Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie BMWi** u.a. (Hrsg.): (N)onliner-Atlas 2006. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland, Berlin 2006.
- Claessens, Dieter/Tyradellis, Daniel** 1997: Konkrete Soziologie, Opladen.
- Eisfeld, Rainer** 1991: Pluralismus und Pluralismustheorie, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, München/Zürich, S. 485 - 490.
- Enquêtekommission** Globalisierung der Weltwirtschaft 2002: Schlussbericht, BTags-Drucks. 14/9200.
- Fuchs, Werner** u.a. 1994 (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, Opladen.
- Gates, Bill** 1995: Der Weg nach vorn. Die Zukunft der Informationsgesellschaft, Hamburg.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm** 1990: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit, Berlin.
- Gesellschaft für Informatik GI und Verband Deutscher Elektrotechniker VDE** 2000 (Hrsg.): Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung. Ein Memorandum des Fachaus-

schusses Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik und des Fachbereichs 1 der Informationstechnischen Gesellschaft im Verband Deutscher Elektrotechniker, Bonn/Frankfurt/M.

Hamann, Götz 2006: Lautsprecher im Nachrichtenkrieg, in Die Zeit Nr. 49 vom 30.11, S. 17-20.

International Telecommunication Union ITU (Hrsg.): World Information Society Report, Geneva 2006.

Kaase, Max 1991: Massenkommunikation, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, München/Zürich, S. 366 - 371.

Kevenhörster, Paul 1984: Politik im elektronischen Zeitalter, Baden-Baden.

Kevenhörster, Paul 1997: Politikwissenschaft. Band 1: Entscheidungen und Strukturen in der Politik, Opladen.

Kleinsteuber, Hans J. 1996: Der Information Superhighway - Amerikanische Visionen und Erfahrungen, Opladen.

Kleinsteuber, Hans J. 1997: Informationsgesellschaft - Entstehung und Wandlung eines politischen Leitbegriffs der neunziger Jahre, in: Gegenwartskunde, H. 1, S. 41 - 52.

Kleinsteuber, Hans J. 1999: Die Informationsgesellschaft - Eine Gesellschaft ohne Information über sich selbst, in: Donges, Patrick u.a. (Hrsg.): Globalisierung der Medien? Opladen, S. 21 - 38.

Kleinwächter, Wolfgang 2006: Globalisierung und Cyberspace, in: Vereinte Nationen, H 1, S. 10 - 11.

Krippendorff, Klaus: Information Theory, Beverly Hills 1986.

Lenk, Klaus 2000: Electronic Government – die nächsten Schritte, in: Lütich, Hans-Jürgen und Claus Rautenstrauch (Hrsg.): Verwaltungsinformatik 2000. Halle/S., S. 170 - 180.

Luhmann, Niklas 1987: Autopoiesis als soziologischer Begriff, in: Haferkamp, Hans/Schmid, Michael (Hrsg.): Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung, Frankfurt/M., S. 307 - 324.

Luhmann, Niklas 1991: Soziologische Aufklärung - Soziales System, Gesellschaft, Organisation, Opladen.

Maurer, Andreas 1996: Reformziel Effizienzsteigerung und Demokratisierung, in: Jopp, Mathias/Schmuck, Otto (Hrsg.): Die Reform der Europäischen Union, Bonn, S. 23 - 40.

- Medosch**, Armin 2003: Demonstrieren in der virtuellen Republik, in: Schulzki-Haddouti, Christiane (Hrsg.) Bürgerrechte im Netz, Bonn, S. 261 - 306.
- Norá**, Simon/**Minc**, Alain 1978: L'informatisation de la société, Paris.
- Porat**, Marc 1977: The Information Economy - Definition and Measurement, Washington DC.
- Reinermann**, Heinrich 1986: Verwaltungsinnovation und Informationsmanagement, Heidelberg.
- Reinermann**, Heinrich/**von Lucke**, Jörn 2002: Speyerer Definition von Electronic Governance, in: **Reinermann**, Heinrich/**von Lucke**, Jörn (Hrsg.): Electronic Government in Deutschland, Speyer, S. 9 - 19.
- Robert**, Rüdiger 2005: Kommunen und Wirtschaft – Global Player, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, H 2, S. 103-128.
- Sarcinelli**, Ulrich 1987: Symbolische Politik, Opladen.
- Schmidt**, Siegfried/**Zurstiege**, Guido 2000: Orientierung Kommunikationswissenschaft, Reinbek.
- Schulz**, Winfried 1999: Kommunikationsprozess, in: Noelle-Neumann u.a. (Hrsg.): Fischer-Lexikon Publizistik und Massenkommunikation, Frankfurt/M., S. 140 - 171.
- Schweigler**, Gebhard 1999: Globalisierung - eine Folge der Weltinformationsgesellschaft, in: Informationen zur politischen Bildung 263, S. 21 - 26.
- Simitis**, Spiros 1998: Das Netzwerk der Netzwerke - ein Markt jenseits aller Kontrollen, in: Leggewie, Claus/Maar, Christa (Hrsg.): Internet und Politik, Köln, S. 183 - 193.
- Simonis**, Georg 1995: Die Wissenschaft von der internationalen Politik am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in: List, Martin u.a. (Hrsg.): Internationale Politik, Opladen, S. 11 - 60.
- Stegbauer**, Christian 1996: Euphorie und Ernüchterung auf der Datenautobahn, Frankfurt/M.
- Thränhardt**, Dietrich 1993: Die Kommunen und die Europäische Gemeinschaft, in: Roth, Roland/Wollmann, Hellmut (Hrsg.): Kommunalpolitik, Bonn, S. 66 - 80.
- Toffler**, Alvin 1980: The Third Wave, London.
- Tonnemacher**, Jan 1996: Kommunikationspolitik in Deutschland, Konstanz.

- Wersig**, Gernot 2002: Informations- und Kommunikationstechnologien, Konstanz.
- Winkel**, Olaf 2001: Die Kontroverse um die demokratischen Potentiale der interaktiven Informationstechnologie - Positionen und Perspektiven, in: Publizistik, H 2, S. 140 - 161.
- Winkel**, Olaf 2004: Electronic Government – die Konturen zeichnen sich immer deutlicher ab, in: Verwaltung und Management, H 3, S. 126 - 132.
- Wittkämper**, Gerhard W. 1998: Politik im Wandel - Themen der Zeit, Münster.
- Wittkämper**, Gerhard W. u.a. 1988: Möglichkeiten und Hindernisse der Leistungsverbesserung der Kommunalverwaltung und Kommunalwirtschaft im Bereich der Integration von Automatisierungseinseln und des Einsatzes von Sensor- und Fernwirktechnologien, Münster.
- Zürn**, Michael 1996: Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 1, S. 27 - 55.